



Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung

Kurztitel „Netzwerk psychosoziale Notfallversorgung“

Empfehlungen des Projektes

Teil I

Die Empfehlungen im Überblick

Empfehlungen zur Sicherstellung und Qualitätssicherung,
Organisation und strukturellen Einbindung
sowie regionalen und bundesweiten Vernetzung
der Psychosozialen Notfallversorgung

Prof. Dr. Irmtraud Beerlage (Projektleitung)
Thomas Hering, Dipl.-Gesundheitswirt (FH)
Liane Nörenberg, Soziologin (MA), MPH
Silke Springer, Dipl.-Gesundheitswirtin (FH)

Stand: März 2005

Empfehlungen

Die Empfehlungen formulieren Handlungserfordernisse vor allem auf Seiten der politischen Institutionen und Entscheidungsträger, darüber hinaus aber auch auf Seiten von bereits arbeitenden Strukturen, Netzwerkinitiativen und Einzelanbietern der Psychosozialen Notfallversorgung (PSNV) für Einsatzkräfte der Behörden und Organisationen im Zivil- und Katastrophenschutz (ZKS). Deutlich erkennbar wird insbesondere die Notwendigkeit einer stärkeren Verzahnung von Aktivitäten zwischen Bundes- und Länderbehörden in diesem Themenfeld. Eine Harmonisierung der Strukturen und der Prozessgeschwindigkeiten zwischen allen Bundesländern erscheint dringend geboten. Zukünftige Aufgaben des Bundes, der Länderspitzen, der Landkreise und kreisfreien Städte sowie der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ergeben sich zudem aus den Empfehlungen.

Die Mehrheit der bislang anstehenden Aufgaben erfordert politische Beiträge und Initiativen auf der Ebene der zuständigen Bundes- und Länderspitzen aber auch auf der Ebene der Arbeitgeber in den BOS, deren sinnvolle Ausgestaltung jedoch auch weiterhin konkretisierender Empfehlungen von Experten und Verantwortlichen bedürfen.

Mit dem Endbericht des Projektes „Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung“ wurden Leitlinien und Standards für eine umfassende, bundesweit flächendeckende und koordinierte Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte sowie einheitliche Empfehlungen zur strukturellen Einbindung in die Einsatzstrukturen im Zivil- und Katastrophenschutz sowohl im Vorfeld als auch im Rahmen von Großschadenslagen (GSL) und Lagen mit erhöhtem, landesweiten und länderübergreifenden Koordinierungsbedarf vorgelegt.

Die wesentlichen Empfehlungen des Netzwerkprojektes umfassen Standards und Leitlinien hinsichtlich der Qualitätssicherung, des Informationsmanagements, der Sicherstellung, der Kooperation (Vernetzung) sowie der Koordination (strukturelle Einbindung). Unterschiedliche Ziele können dabei sowohl im Rahmen vertikaler als auch horizontaler Vernetzung verfolgt werden.

- **Ziel 1:**
Vertikale Vernetzung als Klärung und Schaffung bundesweiter struktureller Rahmenbedingungen und bundeseinheitlicher Qualitätsstandards
 - Bundeseinheitliche Qualitätsstandards
 - Bundeseinheitliche und bundesweite Erfassung
 - Länderübergreifend vereinbarte PSNV-Struktur in der GSL
 - Länderübergreifende Harmonisierung der PSNV-Struktur im Vorfeld
- **Ziel 2:**
Vertikale Vernetzung als Organisation und Regelung der PSNV auf Landesebene
 - Abstimmung zwischen Innenministerien und -senaten mit Ministerien und Senaten für Gesundheit und Soziales
 - Einrichtung und Festlegung der Aufgaben der jeweiligen Landeszentralstelle PSNV bzw. des Landesbeauftragten PSNV
- **Ziel 3:**
Horizontale Vernetzung als Kommunikation und Zusammenarbeit der Akteure auf institutioneller, kommunaler und Landesebene in Fragen der Ausbildung, Beauftragung, wechselseitiger Dienstleistung...
 - Unterstützung der horizontalen Vernetzung der Opfer-, Angehörigen und Hinterbliebenen-hilfe nach Notfällen, der Einsatznachsorge sowie der seelsorgerlichen, psychosozialen und psychotherapeutischen Hilfesysteme durch die institutionellen Ressourcen der Landeszentralstelle PSNV bzw. des Landesbeauftragten PSNV
 - Schaffung von Gelegenheitsstrukturen für Austausch und Begegnung sowie Interorganisationstreffen als „Arbeits“-Kreise zur Abstimmung

Die Zuständigkeit für die Umsetzung der Empfehlungen werden dabei auf unterschiedlichen Ebenen der politischen Entscheidungsfindung und bei unterschiedlichen Akteuren gesehen. ¹

Ebenen und Akteure	Ziele und Empfehlungen	Umsetzung
	Ziel 1: Qualitätssicherung und strukturelle Regelung – Klärung und Schaffung bundesweiter struktureller Rahmenbedingungen und bundeseinheitlicher Qualitätsstandards	
Bund und Länderspitzen: Bundesministerium des Innen/ BBK Innenministerkonferenz / AK II/AK V	(1) Bundeseinheitliche Qualitätsstandards (Kap. 7.22-7.25) (2) Bundeseinheitliche und bundesweite Erfassung von PSNV-Anbietern und Experten nach bundeseinheitlicher Terminologie (Kap. 7.2.1; 8, 9) (3) Länderübergreifend vereinbarte PSNV-Struktur in der GSL (Kap. 6) (4) Länderübergreifende Harmonisierung der PSNV-Struktur im Vorfeld (Kap. 7.2.4; 8.5)	<ul style="list-style-type: none"> - Akkreditierungsausschuss zur Beurteilung von Curricula in der PSNV - Zentrale PSNV-Ressourcenübersicht in Datenbank (deNIS[®]) - Bundeseinheitliche PSNV-Führungsstruktur, PSNV-Führungsfunktionen einschließlich Bundes-Task-Force PSU - Landeszentralstellen PSNV/ Landesbeauftragter PSNV in jedem Bundesland
	Ziel 2: Bundeseinheitliche Organisation der PSNV im Vorfeld – Organisation der PSNV auf Landesebene	
Länder: Innenministerium/-senat (Gesundheitsministerium/-senat)	(5) Einrichtung einer Landeszentralstelle PSNV/eines Landesbeauftragten PSNV (6) Qualifizierung für PSNV-Führungsfunktionen vorgehalten auf Landesebene (Kap. 7.2.4)	<ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung und Bestimmung der Aufgaben einer Landeszentralstelle PSNV/eines Landesbeauftragten PSNV als Ansprechpartner im Land für PSNV-Akteure im Land sowie für BBK - Qualifizierung für PSNV-Führungsfunktionen nach bundeseinheitlichen Standards
	Ziel 3: Vernetzung der Akteure und Angebote – Förderung und Festigung von Kommunikation und Zusammenarbeit	
Länder: Anbieter Nutzer Innenministerium /-senat Gesundheitsministerium/-senat	(7) Schaffung von institutionalisierten Gelegenheitsstrukturen mit dem Ziel der Erhöhung der Verbindlichkeit in der Vernetzung (Kap. 10.5.2)	<ul style="list-style-type: none"> - Institutionelle Unterstützung von Vernetzungsprozessen durch Landeszentralstelle PSNV/ Landesbeauftragten PSNV - Ständiger Landesarbeitskreis zur Abstimmung in Fragen der Ausbildung, Beauftragung, wechselseitiger Dienstleistung...
	Ziel 4: Sicherstellung, Akzeptanzsicherung und Aufbau von PSNV-Routinen – Einbindung von PSNV im Einsatzalltag	
Kreise/ Kreisfreie Städte BOS	(8) Aufbau von Routinen der Einbeziehung (Kap. 7.2.5) (9) PSNV-Sicherstellung als Fürsorgepflicht der Arbeitgeber (Kap. 7.2.5; 5.3.8)	<ul style="list-style-type: none"> - Übungen, Alarmierungslisten und -algorithmen in Leitstellen - Umfassende Primärprävention - Sicherstellung ausreichender Angebote zur Sekundärprävention - Führungskräfte-schulung - Benennung von PSNV-Ansprechpartnern in den BOS

¹ Die Kapitelangaben beziehen sich auf den Endbericht des Netzwerkprojektes (Beerlage, Hering & Nörenberg, 2004)

Weitere Informationen zum Projekt „Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung“:

Prof. Dr. Irmtraud Beerlage
Hochschule Magdeburg-Stendal (FH)
Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen
Breitscheidstrasse 2
39114 Magdeburg
Tel.: 0391/8864-320
Fax: 0391/8864-293
mailto: irmtraud.beerlage@sgw.hs-magdeburg.de

Den Endbericht des Projektes sowie die Empfehlungen Teil I-VI finden Sie zum Download im Internet unter: <http://www.psychosoziale-notfallversorgung.de>

Das Projekt „Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung“ ist ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern/Bundesverwaltungsamt - Zentralstelle für Zivilschutz - Projekt-Nr.: B 1.11-101/02, Laufzeit 12/02 – 7/04

Das Nachfolgeprojekt „Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung – Umsetzungsrahmenpläne“ ist ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums des Innern/Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Projekt-Nr. BBK F.2-440-00-172/04, Laufzeit 08/04 – 12/05